



Peter Wichtel

Unsere Stimme in Berlin

CDU

Berlin Aktuell

09/2014 – 04.07.2014

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,
liebe Freunde,

nach zwei weiteren aufeinanderfolgenden Sitzungswochen des Deutschen Bundestages beginnt heute die parlamentarische Sommerpause. Zuvor haben wir mit Debatten zum Bundeshaushalt für das Jahr 2014 und auch dem Mindestlohn noch überaus wichtige Vorhaben beraten und verabschiedet.

Mehr hierzu und weitere Informationen, unter anderem zum ebenso verabschiedeten Gesetz zur Einstufung weiterer Staaten als sichere Herkunftsstaaten, lasse ich Ihnen hiermit in der aktuellen Ausgabe meines Newsletters „Berlin Aktuell“ zukommen.

In der Sommerpause des Parlamentes werde ich nun wie die meisten Abgeordneten so viel Zeit wie möglich im Wahlkreis verbringen. Dabei freue ich mich insbesondere auf die zahlreichen Begegnungen mit Ihnen, die sich in diesem Zusammenhang sicher ergeben.

Mit den besten Wünschen für ein schönes Wochenende

Ihr

www.peterwichtel.de



Erfolgreiche Beratung des Bundeshaushalts 2014

In der vergangenen Sitzungswoche des Deutschen Bundestages, einer klassischen Haushaltswoche, haben wir den **Bundeshaushalt für das laufende Jahr 2014 verabschiedet** und dabei das haushaltspolitische Profil der Union nachdrücklich geschärft. Trotz erswerter Umstände konnten wir den Regierungsentwurf hinsichtlich der überaus ambitionierten Ziele bei der



(© Andreas Hermsdorf/pixelio.de)

Verschuldung einhalten: **Die Nettoneuverschuldung von unverändert 6,5 Milliarden Euro ist der niedrigste Wert seit 40 Jahren.** Wir haben uns nicht dazu verleiten lassen, die maximal zulässige Nettoneuverschuldung in Höhe von mehr als 34 Milliarden Euro auszuschöpfen. **Strukturell weist der Bundeshaushalt 2014 sogar einen Überschuss von 1,3 Milliarden Euro aus.** Die strukturelle Neuverschuldung ist auch im europäischen Haushaltüberwachungsverfahren ein wesentlicher Indikator dafür, ob ein Staat über seine Verhältnisse lebt oder solide wirtschaftet.

Die Verlässlichkeit unserer Haushaltspolitik zeigt sich vor allem auch daran, dass die Ausgaben gegenüber dem Vorjahr kräftig, nämlich um 11,3 Milliarden Euro, sinken. Die erheblichen unvorhergesehenen Belastungen - vor allem durch die vorläufige Rückerstattung der Kernbrennstoffsteuer, aber auch durch die Umsetzung des Tarifabschlusses im Öffentlichen Dienst - haben wir vollständig auffangen können.

Wir lassen uns nicht von unserer Linie abbringen, im kommenden Jahr erstmals seit 1969 einen Haushalt ohne neue Schulden zu verabschieden und setzen damit ein starkes Signal auch in Europa.

Weiterführende Informationen zum Bundeshaushalt 2014 und der Haushalts- und Finanzpolitik der Bundesregierung finden Sie auf den Seiten des zuständigen Bundesfinanzministeriums unter www.bundesfinanzministerium.de.

Mindestlohn verhindert soziale Schieflagen in Arbeitswelt



(© Paul-Georg Meister/pixelio.de)

In dieser Sitzungswoche haben wir das **Gesetz zur Stärkung der Tarifautonomie verabschiedet, das auch die Regelung zum Mindestlohn umfasst.** Nachdem bis zuletzt über das Gesetzespaket verhandelt wurde, konnten wir zu allen Punkten des gesetzlichen Mindestlohns von 8,50 Euro eine Verständigung erzielen.

Aus Sicht der Union war bei den Überlegungen zu einem Mindestlohn immer klar, dass man mit dem Instrument wirksam **soziale Schieflagen in der Arbeitswelt verhindern** will. Gleichzeitig hat das Erfolgsmodell der Tarifpartnerschaft immer im Mittelpunkt der Gespräche gestanden, denn wo Tarifverträge gut funktionieren, geht es den Menschen besser.

Die Tarifpartnerschaft wird aber auch bei der Kommission eine wichtige Rolle spielen, welche künftig über die Höhe des Mindestlohns entscheidet und welcher Vertreter von Arbeitgebern und Arbeitnehmern angehören sollen. Die Kommission soll ebenso die durch das Gesetz vorgegebene Entwicklung von Beginn an wissenschaftlich begleiten und eventuelle Fehlentwicklungen frühzeitig erkennen. **Wir haben im Parlament also nur ein einziges Mal einen Mindestlohn festgelegt, danach wird die Kommission darüber entscheiden.**

Zudem haben wir Ausnahmeregelungen für fünf Branchen vereinbart, die zunächst unter anderem für die Zeitungsbranche, für Saisonarbeit beispielsweise in der Landwirtschaft und in der Gastronomie gelten. **Auch bei der Beschäftigung von Praktikanten gelten Sonderregelungen.** Alle Praktika die studienbegleitend sind oder nachweislich der Vertiefung beruflicher Kenntnisse dienen und nicht länger als drei Monate dauern, sind zunächst vom Mindestlohn ausgenommen. Ebenso Jugendliche unter 18 Jahren und Langzeitarbeitslose im ersten halben Jahr einer neuen Anstellung.

Weiterführende Informationen zur Tarifautonomie und dem Mindestlohn finden Sie unter anderem auf der Seite der CDU/CSU-Bundestagsfraktion unter www.cducsu.de.

Aktuelles aus dem Plenum



(© DBT/Lichtblick/Achim Melde)

Mit dem in zweiter und dritter Lesung verabschiedeten **Gesetz zur Absicherung stabiler und fairer Leistungen für Lebensversicherte, dem Lebensversicherungsreformgesetz**, tragen wir dazu bei, dass Versicherte auch in Zukunft und auch im aktuellen Umfeld niedriger Zinssätze die zugesagten Leistungen aus ihren Lebensversicherungen erhalten. Hierfür legen wir ein ausgewogenes Maßnahmenpaket vor, das verhindert, dass Mittel aus den Versicherungsunternehmen ohne ökonomische Rechtfertigung abfließen. Hierzu sollen alle Beteiligten - die Versicherer, die Eigentümer, der Versicherungsvertrieb und die Versicherten - einen Beitrag leisten.

Mit dem ebenso in zweiter und dritter Lesung verabschiedeten **Gesetzentwurf zur Einstufung weiterer Staaten als sichere Herkunftsstaaten und zur Erleichterung des Arbeitsmarktzugangs für Asylbewerber und geduldete Ausländer** setzen wir eine Vereinbarung aus dem Koalitionsvertrag um. Der Gesetzentwurf definiert die drei Balkanstaaten (Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Serbien, Bosnien und Herzegowina) als „sichere Herkunftsstaaten“. Fast ein Viertel aller Asylanträge in Deutschland geht auf Bürger aus den genannten drei Staaten zurück, fast alle sind offenkundig unbegründet. Die Herkunft aus sichereren Herkunftsstaaten ermöglicht eine Beschleunigung von Asylverfahren und die Freisetzung von Bearbeitungskapazitäten für dringende Fälle. Zugleich verbessern wir den Arbeitsmarktzugang für Asylsuchende und geduldete Ausländer, der künftig nach drei Monaten möglich ist, damit diese Menschen schneller einen Beitrag zu ihrem Unterhalt leisten können. Wir erwarten, dass die Länder ihrer Verantwortung nachkommen und das zustimmungspflichtige Gesetz im Bundesrat rasch bestätigen. Hier sind insbesondere die Grünen in den Landesregierungen gefordert.



(© hacks/pixelio.de)

Daten und Fakten

Reallöhne in Deutschland steigen. Vom ersten Quartal 2013 bis zum ersten Quartal 2014 sind die Reallöhne in Deutschland um 1,3 Prozent gestiegen. Dies ist der höchste Reallohnanstieg seit dem zweiten Quartal 2011. Um 2,6 Prozent höhere Nominallöhne sowie die geringe Inflationsrate von 1,2 Prozent trugen zur Reallohnsteigerung bei. Besonders hohe Nominallohnzuwächse verzeichneten die Bauwirtschaft, das Gastgewerbe und die Kommunikationsbranche mit jeweils über vier Prozent. Im Jahr 2013 verdienten Voll- und Teilzeitbeschäftigte (ohne geringfügig Beschäftigte) in Deutschland pro Stunde durchschnittlich 19,65 Euro brutto. Sonderzahlungen wurden in diesem Durchschnittswert nicht berücksichtigt. Auf der Ebene und im Vergleich der Länder hat Hamburg mit 22,12 Euro den höchsten Bruttostundenverdienst. In Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen verdienen Arbeitnehmer mit durchschnittlich 15,02 Euro dagegen am wenigsten.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

Mehr Personal in Kitas und an Hochschulen. Am 30. Juni 2013 waren rund 4,64 Millionen Beschäftigte im öffentlichen Dienst tätig und damit 17 900 oder 0,4 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Dieser Zuwachs an Personal ist vor allem auf mehr Beschäftigte in Tageseinrichtungen für Kinder und an Hochschulen zurückzuführen. Wie schon im Vorjahr kam es an kommunalen Kindertageseinrichtungen zu einem deutlichen Personalzuwachs, und zwar auf rund 176.100 Beschäftigte (+ 9.400 Personen oder + 5,6 Prozent). In den fünf Jahren seit Mitte 2008 ist die Zahl der Beschäftigten in diesem Bereich kontinuierlich um insgesamt rund 29 Prozent gestiegen. Bei den Hochschulen erhöhte sich der Personalbestand innerhalb eines Jahres auf rund 502.400 Beschäftigte (+ 9.200 oder 1,9 Prozent). Seit dem Jahr 2008 kam es hier zu einem Personalzuwachs von insgesamt rund 16 Prozent.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

